

# +++ Sicher mit Schreiber +++

## +++ 3/2014 +++



Liebe Leserinnen und Leser,

in meinem Sommernewsletter möchte ich einige Themen aufgreifen, die mich aber auch die ganze Stadt momentan stark beschäftigen. Alles steht unter der großen Frage, wie wir unsere Sicherheit in Berlin gewährleisten. Ich habe mir in den letzten Wochen mein eigenes Bild dazu gemacht und bin zum wiederholten Male an der Seite von Polizei und Feuerwehr durch Berlin gefahren. Live im Einsatz. Was ich dort erlebt habe und welche Schlussfolgerungen ich für mich ziehe, erfahren sie auf den ersten vier Seiten.

Der Sommer eignet sich ebenso gut, um zurückzuschauen auf Geleistetes und an Herausforderungen für die Zukunft zu denken. So ziehen Matthias Schmidt, MdB, und Oliver Igel, Bezirksbürgermeister, zu ihren wichtigen Themen Bilanz. Gaby Schmitz, Fraktionsvorsitzende in Treptow-Köpenick, klärt über den Bürgerentscheid zur Parkraumbewirtschaftung im Bezirk auf.

Dies und anderes finden Sie auf den folgenden Seiten. Ich wünsche ihnen allen einen sonnigen und erholsamen Sommer sowie viel Freude beim Lesen:

- Über 24 Stunden im Einsatz bei der Berliner Feuerwehr in Köpenick und Neukölln S. 1
- Eine Nachtschicht mit der Berliner Bereitschaftspolizei S. 3
- „Wenn die Politik sich vom Acker macht, sobald es eng wird, ist das fatal“ S. 4
- Konstruktiver Austausch mit der Flüchtlingsunterkunft S. 4
- Lärmschutzmaßnahmen im Umfeld BER stärker forcieren! S. 5
- Bürgerentscheid zur Parkraumbewirtschaftung in Treptow-Köpenick S. 5
- Gesagt. Getan. Gerecht. Der Mindestlohn kommt! S. 6
- Bürgermeisterhalbezeit: Haus der Begegnung und Köpenicker Sommer S. 7
- Scientology steht nicht still S. 8
- Regenbogenflagge an allen öffentlichen Gebäuden S. 8
- Was bewirken Rocker-Club-Verbote? S. 8
- Kontakt S. 8



Sicher mit Schreiber

Herzlichst

Ihr Tom Schreiber

Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin



### +++ Über 24 Stunden im Einsatz bei der Berliner Feuerwehr in Köpenick und Neukölln +++

Seit mehreren Jahren erschließe ich mir das Themenfeld der Freiwilligen und der Berufsfeuerwehr in Berlin. Ich möchte nicht zu den Politikern gehören, die vom "Hörensagen" Dinge entscheiden, weil Sie nicht vor Ort waren oder gar nicht wissen, was die eigentliche Arbeit bei der Berliner Feuerwehr und Freiwilligen Feuerwehr ausmacht. Es ist aber auch ein harter Kampf, aus den gewonnenen Erkenntnissen richtige Politik zu gießen. Ich freue mich sehr, dass die SPD-Fraktion einen An-



trag zur Freiwilligen Feuerwehr vor der Sommerpause beschlossen hat, an dem ich maßgeblich gearbeitet hatte. Jetzt liegt dieser Antrag bei unserem Koalitionspartner und ich bin zuversichtlich, dass wir im Herbst etwas Gewinnbringendes für die Freiwillige Feuerwehr im Parlament auf den Weg bringen. Solch ein Prozess dauert Monate. Manchmal auch Jahre.

Ich gehöre zu dem Politikertypus, welche sich als „Lernende“ bezeichnen. Ich weiß nicht alles besser. Ich möchte die Dinge einfach verstehen und dann im positiven Sinne umsetzen. Dies ist auch der Grund für die insgesamt 24 Stunden Begleitung der Berufsfeuerwehr in Berlin. Zum einen in meinem Wahlkreis (Berufsfeuerwache Köpenick) und zum anderen bei der Berufsfeuerwache in Neukölln. Die jeweils

zwölf Stunden haben bei mir tiefe Spuren hinterlassen, weil ich einen immensen Erkenntnisgewinn hatte und zum anderen nun genauer weiß, wo der Schuh drückt und was wir konkret in der Landespolitik angehen müssen.

Am 06. Juni fing um 7:00 Uhr morgens mein Schichtdienst bei der Berufsfeuerwache in Köpenick an. Zunächst einmal hatte ich ein langes Gespräch mit dem Wehrleiter und dem Direktionsleiter. Dann gab es ein kleines Frühstück mit der kompletten Schicht. Zuvor wurden die Feuerwehrleute auf die einzelnen Schichten aufgeteilt (Rettungseinsatzwagen und Löschfahrzeuge). Im Anschluss daran sind wir mit einem Fahrzeug mehrere Wachen der Freiwilligen Feuerwehr angefahren (Schmöckwitz, Rauchfangswerder, Rahnsdorf). Ich konnte mir ein Bild von der baulichen Situation machen und vor allem darüber, was die Feuerwehrleute Tag und Nacht erleben. Teilweise war ich negativ überrascht, in welchen Räumlichkeiten sich gerade die Jugendfeuerwehr umziehen muss oder wie die Feuerwehrleute auf den Wachen ihren Dienst verrichten müssen.

Im zweiten Teil meiner Schicht war ich einem Löschfahrzeug zugeordnet und begleitete die Feuerwehrleute zu einem Einsatz in Köpenick. Der bauliche Zustand der Feuerwache Köpenick ist wirklich schlecht. Angeblich soll es nun 2016 mit den Umbaumaßnahmen losgehen. Nicht nur als Wahlkreisabgeordneter und Mitglied im Innenausschuss habe ich ein Interesse daran, dass es auch tatsächlich so kommt, sondern, weil sich die Arbeitsbedingungen dort verbessern müssen. Diese Wache entspricht keinem modernen europäischen Standard. Das war mein persönlicher Eindruck. Dazu wurde auch eine kleine Anfrage (→ <http://bit.ly/1rxZGGH>) von mir beantwortet, über die auch der Berliner Kurier am 24.07.2014 berichtete (→ <http://bit.ly/1rcRVUO>).



Wache in der Altstadt Köpenick

Am 27. Juni hatte ich meine zweite Schicht bei der Berufsfeuerwache Neukölln. Es ist die größte Feuerwache Berlins und darüber hinaus mit den meisten Einsätzen. Hier sollte der praktische Alltag im Mittelpunkt stehen. Ich trat meinen Dienst auch hier um 7:00 Uhr an. Bis 20:30 Uhr war ich in der Wache.

Was hatte ich Erleben dürfen? Drei Fahrradunfälle. Ein 13-jähriges Mädchen (Täter war auf der Flucht), ein 85-jähriger Mann (Sturz im Park) und eine 26-jährige Schwangere (wurde vom PKW getroffen). Wir fuhren an diesem Tag zu weiteren Einsätzen: eine 72-jährige mit Atemnot, ein 38-jähriger Mann mit Blutungen, ein 30-jähriger Mann (welcher Suizidgedanken hatte und psychisch auffällig war) und ein Autounfall. Ich konnte erleben, wie professionell die Feuerwehrleute bei jedem Einsatz agiert und reagiert haben – trotz aller Unterschiedlichkeit der Vorfälle. Die verletzten Personen in den Rettungswagen aufzunehmen ist das eine, diese dann in ein Krankenhaus zu bringen das andere. Gerade im Straßenverkehr mit Blaulicht und Sondereinsatzzeichen sollte jedem Teilnehmer bekannt sein, dass man unverzüglich Platz zu machen hat. Aber nicht unbedingt in Berlin. Auch die Situation in den Berliner Krankenhäusern wirft Fragen auf. Es gibt Krankenhäuser, die sind kooperativ, andere in der Kommunikation mehr ablehnend. Mir war zusätzlich völlig unbekannt, dass die Berliner Feuerwehr oftmals alleine am Tatort ist und die Polizei nicht sofort kommt bzw. dann im Krankenhaus Personen vernommen werden. Das mag der hohen Arbeitsbelastung geschuldet sein, dennoch werde ich dem nachgehen.

Der Teamgeist beeindruckte besonders. Jeder kann sich auf den anderen verlassen. Mir imponierte, dass viele Feuerwehrleute so professionell sind, dass sie nach einem Einsatz sofort umschalten und sich einem neuen widmen können. Dennoch ist die gesundheitliche Belastung extrem hoch. Feuerwehrmann wird man aus Berufung. Nach diesen Tagen und diesen Schichten war mir klar, dass man großen Respekt davor haben muss, was hier geleistet wird. Lebensretter zu sein, Menschen in Not zu helfen und auch traurige Ereignisse zu erleben – das macht den Job aus. Das verdient Respekt und Anerkennung.

Alle meine Erlebnisse kann ich hier nicht schildern. Aber vielem versuche ich über kleine Anfragen im Abgeordnetenhaus auf den Grund zu gehen. Für eine zukünftige Novellierung des Berliner Feuerwehrgesetzes werde ich einige Punkte einbringen können. Zusätzlich plane ich eine komplette 24-Stunden-Schicht an einem Wochenende.

- Kleine Anfrage: Wachensterben in Randlagen Berlins?: <http://bit.ly/WFzQpp>
- Kleine Anfrage: Fuhrpark und Feuerlöschboote ausreichend?: <http://bit.ly/1kXYIxS>
- Zur Kleinen Anfrage haben auch einige Medien berichtet, u.a. der RBB: <http://bit.ly/1oaZBrp>

### **+++ Eine Nachtschicht mit der Berliner Bereitschaftspolizei +++**

In der Nacht vom 5. zum 6. Juli war ich mit der 2. Berliner Bereitschaftspolizei im Einsatz unterwegs. Eine ähnliche Bestreifung hatte ich im Jahr 2012 schon einmal gemacht und es war an der Zeit, sich wieder die Zeit zu nehmen, um dazuzulernen. Ich fuhr in die Schulendorfer Polizeikaserne, wo ich mir ein paar Räumlichkeiten sowie das Sortiment der Schutz- und Schusswesten, der Tonfa-Schlagstöcke und des Reizgases zeigen ließ.

Meine Einheit war an diesem Abend zusätzlich im Dienst bzw. konnte gesondert beordert werden, wenn Problemlagen auftauchten. Ursprünglich sollten wir das Fest in der Kreuzigerstraße begleiten. Auf der Fahrt in die Einsatzzentrale von Friedrichshain-Kreuzberg kam ich mit den Polizeibeamten ins Gespräch. Vieles spielte eine Rolle. Ob Rockerkriminalität oder die Zustände an der GHS in Kreuzberg. Ich war sehr offen, hörte zu und sagte auch klar und deutlich meine Meinung.

Wir fuhren den Oranienplatz an. Dort muss immer eine Einheit der Berliner Bereitschaftspolizei stehen, damit es nicht wieder zu einem nicht genehmigten Protestcamp kommt. Dann traf ein Notruf zu einem Raubüberfall mit Körperverletzung am Kottbusser Tor ein. Ein jugendlicher Täter konnte gestellt werden. Der verletzte Tourist bekam Reizgas ins Gesicht und brauchte einen Rettungswagen. Im Anschluss fuhren wir zu einer Körperverletzung in einer Moschee. Dieser Vorfall bewegt mich weiterhin und ich werde sehen, was ich über den Kontakt in die Innenverwaltung erreichen kann.

Im weiteren Verlauf hatten wir Ruhestörungen in der Cuvrystraße und in der Ratiborstraße. In der sogenannten Cuvrybrache konnte ich persönlich erleben, wie dort Polizeibeamte im Einsatz angegriffen und provoziert wurden. Dort hörten ca. 80 Personen laute Musik bei einem „Open Air am Wasser“. Ein Teilnehmer provozierte den Polizeibeamten. Da ich keine Uniform trug, dachten die Teilnehmer ich sei Zivilpolizist. So stand ich daneben und konnte dem ganzen Dialog folgen. Der Polizist agierte klug und richtig. Am Ende bauten Sie freiwillig die Musikanlage ab. Im Anschluss daran fuhren wir zur Adalbertstraße. Dort wurden Schaufensterscheiben eingeworfen und ein Streifenwagen der Berliner Polizei mit mehreren Pflastersteinen beworfen. Wenig später erfolgte ein ähnlicher Einsatz am Gleisdreieck. Ein möglicherweise vorgetäuschter Notruf und das Anlocken eines Streifenwagens. Ich hatte mich am nächsten Tag in der Morgenpost hierzu positioniert (→ <http://bit.ly/WCZN8z>). Tathergang und Zeitabfolge sprechen aus meiner Sicht sehr das Wirken aus der linksautonomen Szene dafür. Ich blieb bis 5:15 Uhr am Tatort. Dort erlebte den Einsatz des LKA mit Spürhunden und konnte intensiv mit den Beamten sprechen. Um 5:30 Uhr endete für mich der Einsatz.

Diese Schicht war nur ein kleiner Ausschnitt von Polizeiarbeit. In Berlin ist am Wochenende viel los. Gemessen daran, sind die Straftaten verhältnismäßig klein. Es geht aber um mehr als die Schwere der Tat. Das was Berliner Polizisten Tag und Nacht erleben, spricht für sich. Innerhalb von Sekunden zu entscheiden, was richtig ist, verdient Hochachtung. Dieser Abend wird mich noch lange begleiten.

### +++ Interview: „Wenn die Politik sich vom Acker macht, sobald es eng wird, ist das fatal“ +++

Nach meiner Schicht bei der Bereitschaftspolizei rief mich am 9. Juli eine Journalistin an und wollte ursprünglich mit mir über das bekannte Video und die polizeiliche Zwangsmaßnahme vom Wochenende am Rande des Görlitzer Parks sprechen. Hierzu bezog ich Stellung und machte Ihr zusätzlich deutlich, was ich konkret in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag in Berlin erlebt hatte.

→ Artikel in der Bild-Zeitung mit Ausschnitten des Videos: <http://bit.ly/1mEiEW6>

Dieses Interview war nicht geplant, sondern entstand noch während einer Fahrt mit der Ringbahn, in der ich auf dem Weg zu einem Termin war. Normalerweise nimmt man sich für ein Interview ordentlich Zeit. Hier erzählte ich der Journalistin spontan etliche Erlebnisse und sie hatte die Idee, daraus ein eigenes Interview zu machen.

Im Laufe des Interviews intensivierte sich das Gespräch um die Faktenlage. Mir waren die Kommentierungen über das Video bekannt und gerade was die Berliner Opposition hierzu bot. Mich ärgert mehr und mehr, dass bevor es zu polizeilichen oder staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen kommt, wir ALLE „wissen“, wer oder was die Täter waren oder wer hier unverhältnismäßig agiert hat. Eine mediale, aber auch internetbezogene Vorverurteilung verläuft innerhalb von Minuten. Es interessiert am Ende keinen, ob diese Behauptungen stimmen oder wie denn der eigentliche Zusammenhang war.

**Tom Schreiber, MdA**  
Local Business · 980 Likes · July 8 at 10:36am · 

Zu dem Video, was seit zwei Tagen im Internet verbreitet wird, sagte ich zur Bildzeitung folgendes: Tom Schreiber (35, SPD): „Wir sehen nur Ausschnitte, nicht, ob der Mann vorher aggressiv war, nicht, warum die Beamten so reagieren. Wer sich nicht an Gesetze hält, muss mit Konsequenzen rechnen. Das gilt für beide Seiten.“



**Görlitzer Park: BILD erklärt das Gewalt-Video, über das die Stadt spricht**  
Szenen vom vergangenen Sonnabend in Kreuzberg machen im Internet die...  
BILD.DE



Auf meiner Facebook-Page (→ <http://on.fb.me/1npkaQf>) nahm ich mir die Zeit und habe einen ganzen Tag lang auf verschiedenste Diskussionsbeiträge reagiert. Die Seite hatte dazu über 7.200 Zugriffe. Manchmal reagierte auch ich provokant und frech. Eines muss klar gesagt sein – ich bin Politiker, aber ich muss mir an Anschuldigungen nicht alles gefallen lassen. Und als „Polizeilobbyist“ bezeichnet zu werden, kränkt mich nun gar nicht. Natürlich habe ich in der Vergangenheit die Polizei bei Einsätzen kritisiert und ich bin einer der Letzten, welche keine disziplinarrechtlichen Konsequenzen fordern, wenn Polizeibeamte nicht verhältnismäßig agieren. Aber was ich nicht tue, ist die Berliner Polizei einfach im Regen stehen zu lassen, wenn der mediale Druck zu groß wird. Ich bekam dazu viel positives Feedback. Aus der Verwaltung, aus der Berliner Polizei und aus der Bevölkerung. Das manch ein Parteifunktionär die Dinge anders sieht, ist sein oder ihr gutes Recht. So lange ich aber vor Ort bin, kann mir niemand diese Eindrücke nehmen. Im Gegenteil. Ich spreche dann aus meinen Erfahrungen.

→ Hier finden Sie das Interview mit dem Tagesspiegel vom 09. Juli: <http://bit.ly/1nUuNGF>

### +++ Konstruktiver Austausch mit der Flüchtlingsunterkunft +++

In meinem Wahlkreis liegt eine Flüchtlingsunterkunft. In meinem ersten Newsletter in 2014 habe ich schon einmal über den Kontakt berichtet. Den konstruktiven und intensiven Austausch mit der Bürgerinitiative rund um die Einrichtung habe ich seitdem gemeinsam mit der SPD vor Ort forciert. Zum Einen konnte aufgrund meiner Initiative die Jugendfeuerwehr Köpenick das Kinderfest am 4. Juni bereichern. Zum Anderen nahm einer Sitzung des Runden Tisches auch der Leiter des Berliner Verfassungsschutzes, Bernd Palenda, teil, bei der es um einen Austausch zur Situation vor Ort und Gefahren von Rechts ging. Es war für mich selbstverständlich, dass ich dabei war.

Diese Runde war besonders wichtig im Hinblick auf bezirkliche Bewegungen gegenüber dieser und anderer Flüchtlingsunterkünften. Im April kam es zu einem Brandanschlag auf die Einrichtung im Allende-Viertel, bei der glücklicherweise niemand verletzt wurde und auch kein größerer Schaden entstand. Dennoch macht einem so ein Vorfall Angst und lässt Wut aufkochen gegenüber den Feinden der Menschlichkeit in unserer Gesellschaft. Die beiden Täter wurden noch in der gleichen Nacht gestellt und wie aus einer Kleinen Anfrage von mir hervorgeht, ist schon Anklage erhoben worden (→ <http://bit.ly/Uqgxi2>). In einem Artikel vom 5. Juli berichtete die Zeitung „Neues Deutschland“ über die Aktivitäten des Verfassungsschutzes, insbesondere bei Demonstrationen rund um Flüchtlingsunterkünften (→ <http://bit.ly/UnUyZ1>). Ich habe darin deutlich gemacht, wo meiner Meinung nach der Schwerpunkt in der Arbeit liegen sollte – Beobachtung und genaue Beschreibung, wer hinter diesen rechtslastigen, oft –radikalen, Protesten steckt.

Ich bleibe auch weiterhin im Kontakt mit der Bürgerinitiative und dem Flüchtlingsheim. Hier können alle Seiten anpacken und etwas Positives bewegen. Mein Dank gilt den Menschen vor Ort, welche das Flüchtlingsheim tatkräftig unterstützen und rechten Rattenfängern eine klare Absage erteilen. Weiter so! Das kann ein gutes Modell für Berlin werden.



### **+++ Lärmschutzmaßnahmen im Umfeld BER stärker forcieren! +++**

Rund 2.160 Anträge, bei denen der Anspruch auf Schallschutz und/oder Entschädigung im Zuge des BER-Betriebs besteht haben bisher keines von beidem erhalten. Circa 2.750 Anträge befinden sich darüber hinaus immer noch in der Prüfung – mitunter weil sie unvollständig sind. Dies geht aus einer Kleinen Anfrage von mir zu den Lärmschutzmaßnahmen im Umfeld des BER hervor. Zwar sind bisher schon 1.347 Anträge bewilligt worden und dazugehörige Maßnahmen beendet – 4,1 Mio. Euro für bauliche Maßnahmen und 2,5 Mio. Euro für Entschädigungen – aber ersichtlich wird, wie viel noch zu tun ist. Wenn der BER seine Tore öffnet, dann ist es das Recht eines jeden Anwohners und einer jeden Anwohnerin umfassenden Schallschutz zu haben, wie es ihnen der Planfeststellung nach zusteht. Dafür möchte ich mich weiter einsetzen.

→ Antwort zur Kleinen Anfrage vom 05.06.2014: <http://bit.ly/1rKExs1>

### **+++ Bürgerentscheid zur Parkraumbewirtschaftung in Treptow-Köpenick +++**

*Von Gabriele Schmitz, Vorsitzende der SPD-Fraktion der BVV Treptow-Köpenick*

In Treptow-Köpenick findet am 24. August der erste Bürgerentscheid statt. Die Wahlberechtigten können darüber entscheiden, ob das Bezirksamt dazu aufgefordert wird generell keine gebührenpflichtige Parkraumbewirtschaftung einzuführen.

Treptow-Köpenick ist ein Zuzugsbezirk, schon seit über 25 Jahren. Das erzeugt auch mehr Verkehr und in einigen Gebieten im Bezirk gibt es kaum noch freie Parkplätze. Wer einen Parkplatz sucht, dreht eine Runde nach der anderen um den Block. Das kostet Fahrerinnen und Fahrer Zeit und Nerven. Anwohnerinnen und Anwohner bekommen mehr Abgase und Lärm ab und finden selbst kaum Parkplätze. Hier hilft die Parkraumbewirtschaftung, in Berlin wie in allen größeren deutschen und europäischen Städten. Das heißt, Parken im öffentlichen Straßenraum wird gebührenpflichtig und viele Berufspendlerinnen und -pendler steigen um auf S-Bahn, Tram, Bus und Rad. Parkzonen nützt uns allen, denn die Straße ist für uns alle da.

In Treptow-Köpenick macht die Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in der Altstadt Köpenick Sinn. Die angespannte Parkplatzsituation wird sich durch den Wegfall von privaten Parkplätzen durch Wohnbebauung in nächster Zeit noch verschärfen. Die Aufenthaltsqualität in der Altstadt ist durch Lärm und Abgase gemindert sowie Autofahrerinnen und Autofahrer sind genervt. Während Bewohnerinnen und Bewohner eine Vignette für 85 Cent pro Monat (20,40 Euro für 2 Jahre) und Gewerbetreibende Betriebsvignetten erhalten und damit kostenfrei parken können, sol-

len alle anderen Nutzer der Altstadt künftig montags bis freitags von 9-17 Uhr 25 Cent für 15 Minuten Parken zahlen. Das hat die BVV beschlossen. Laut Gutachten wird die Zahl der parkenden Autos mit Einführung einer Parkraumbewirtschaftung um ein Fünftel sinken und die Altstadt Köpenick wird verkehrssicherer und attraktiver.

Weniger Parkplatzsuche und bessere Aufenthaltsqualität - das sind Ergebnisse, die in Gebieten mit hohem Parkdruck durch Einführung einer Parkraumbewirtschaftung erreicht wurden. Das Instrument der Parkraumbewirtschaftung sollte daher in Treptow-Köpenick nicht generell ausgeschlossen werden. Die BVV Treptow-Köpenick empfiehlt daher am 24. August mit „Nein“ zu stimmen.

Auf einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der SPD-, CDU-, Grünen- und Piratenfraktion am **Mittwoch, dem 30.7.14 um 18:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses Köpenick, Alt-Köpenick 21**, u.a. mit dem unabhängigen Gutachter Dr. Eckart Heinrichs und dem Baustadtrat Rainer Hölmer sollen alle offenen Fragen beantwortet werden.

→ Das Gutachten zur PRB ist unter folgendem Link einsehbar: <http://bit.ly/1uf9V6m>

### **+++ Gesagt. Getan. Gerecht. Der Mindestlohn kommt! +++**

*Von Matthias Schmidt, Mitglied des Bundestags für Treptow-Köpenick*

Seit einem halben Jahr regiert die große Koalition. Wer genau hinschaut merkt, dass sie mit großem Tatendrang voranschreitet. Dies ist der SPD zu verdanken. In den ersten Monaten haben wir viele wichtige Gesetze und Reformen auf den Weg gebracht. Die Rente mit 63 Jahren, die Mietpreisbremse und den Doppelpass, um nur einige Beispiele zu nennen. Besonders herausragend ist aber die Einführung des Mindestlohns.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Stärkung der Tarifautonomie Anfang Juli kommt der Mindestlohn wie versprochen pünktlich zum 1. Januar 2015. Davon werden rund 3,7 Millionen Menschen direkt profitieren, zwei Drittel von Ihnen sind Frauen. Diese Menschen erhalten dann für ihre harte Arbeit endlich einen anständigen Lohn. Branchenausnahmen vom Mindestlohn wird es nicht geben.

Bei der Erarbeitung des Gesetzes wurden die Sozialverbände, die Gewerkschaften und die Branchenvertreter intensiv mit einbezogen. Zusammen mit diesem wurde ein Fahrplan zur Einführung des Mindestlohns vereinbart:

- Ab dem 1. Januar 2015 haben alle Beschäftigten in Ost und West grundsätzlich einen Anspruch auf ein Arbeitsentgelt von mindestens 8,50 Euro brutto pro Stunde.
- In einer Übergangszeit vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2016 können die Gewerkschaften und die Arbeitgeber Tarifverträge vereinbaren, welche den Mindestlohn unterschreiten. Spätestens zum 1. Januar 2017 müssen aber auch diese Beschäftigten den Mindestlohn erhalten. Langfristig werden so mehr Beschäftigte einen Tariflohn bekommen, welcher in der Regel deutlich über den Löhnen außerhalb eines Tarifvertrages liegt. Für die Zeitungszustellung konnte keine solche Lösung vereinbart werden. Daher wird es für diese Beschäftigten innerhalb dieser Frist einen gesetzlichen Übergang geben.
- Ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro in allen Branchen ohne jede Einschränkung.

Viel wurde über die Ausnahmen spekuliert, viele Halbwahrheiten werden behauptet. Grundsätzlich wird es drei klare und deutlich abgegrenzte Ausnahmen vom Mindestlohn geben:

- Ehrenamtliche Tätigkeiten sind ausgenommen. Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen oder gemeinwohlorientierten Organisationen. Dies tun sie aus Überzeugung und Leidenschaft. Dies soll auch in Zukunft so sein.
- Bei Pflichtpraktika und freiwilligen Praktika bis zu drei Monaten innerhalb der Ausbildung oder des Studiums steht das Lernen im Mittelpunkt. Nach abgeschlossener Ausbildung oder dem Studienabschluss gilt aber auch für alle Praktika der Mindestlohn.
- Für Menschen, die lange Zeit ohne Arbeit waren, haben wir eine Übergangsregelung gefunden. Um ihnen eine Brücke in den Arbeitsmarkt zu bauen, werden Langzeitarbeitslose für

die ersten sechs Monate einer Beschäftigung vorübergehend vom Mindestlohn ausgenommen, danach gilt er auch für sie uneingeschränkt.

Der Mindestlohn von 8,50€ kann aber nur der Anfang sein. Die Bundesregierung wird eine Kommission berufen, die in Zukunft regelmäßig alle zwei Jahre die Höhe des Mindestlohns bestimmen wird. Sie wird aus Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern bestehen. Das Ergebnis wird die Bundesregierung per Rechtsverordnung erstrecken und so für allgemein verbindlich erklären. Eine erste Überprüfung des Mindestlohns soll zum 1. Januar 2017 erfolgen.

Als feste Basis wird der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn künftig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unanständig niedrigen Löhnen schützen. Er sorgt für fairen Wettbewerb über die Qualität von Produkten und Dienstleistungen und nicht über Dumping-Löhne. So bringt der Mindestlohn ein Stück mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft. Auch in Treptow-Köpenick wird der Mindestlohn zu mehr Fairness führen und vielen Menschen einen würdigen Lohn bringen. Versprochen und Gehalten.

→ Den Faktencheck Mindestlohn finden Sie hier: <http://bit.ly/1rKHOHM>

### **+++ Bürgermeisterhalbzeit: Haus der Begegnung und Köpenicker Sommer +++**

*Von Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick*

Am 27. Oktober 2011 wurde ich zum Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick gewählt. Die Hälfte der Wahlperiode ist bereits vorbei. Zeit, Bilanz zu ziehen und auch in Erinnerung zu rufen, was alles passiert ist. Es ist viel geschehen – und es ist auch eine Menge Positives erreicht worden. Einen kleinen Blick möchte ich an dieser Stelle auf zwei Themen aus Wendenschloß und der Altstadt wagen.

In meinem ersten Amtsjahr war es eine der spannendsten Geschichte überhaupt. Das „Haus der Begegnung“ in Wendenschloß stand aufgrund eines Rückübertragungsanspruches an Alteiligentümer und einer angesetzten Zwangsversteigerung knapp vor dem Aus. Es ist ein Kiezclub, den tausende Menschen jedes Jahr besuchen – verschiedenste Kurse vom Tanzen, Sprachen bis hin zu künstlerischer Betätigung und Musik werden hier angeboten. Das „Haus der Begegnung“ hat sich in Wendenschloß mehr als etabliert.

Lange haben die Nutzerinnen und Nutzer des Kiezclubs im Wendenschloß zusammen mit dem dortigen Ruderclub gezittert, weil ein Rückübertragungsverfahren für das Grundstück lief. Im Sommer 2012 gelang mir bei Verhandlungen der Durchbruch. Das „Haus der Begegnung“ und der Ruderclub wurden gerettet. Das Grundstück bleibt im Eigentum des Landes Berlin.

Der Bezirk zahlte eine Abfindung an die Nachfolger der Alteiligentümer. Das Grundstück war schon in einem Auktionskatalog zur Versteigerung ausgeschrieben. Mit einer eingereichten Klage und nach intensiven Gesprächen, kam doch noch der erlösende Moment. Statt Verkauf des Grundstücks bleibt alles beim Alten. Bis heute sind die Nutzerinnen und Nutzer des Hauses begeistert.

Vom Freitag, dem 13. Juni, bis Sonntag, dem 15. Juni 2014, fand mit dem 53. Köpenicker Sommer ein echtes Traditionsfest, ein Highlight für die Altstadt Köpenick und den gesamten Bezirk statt. Man muss ehrlicherweise sagen, dass es so nicht immer war. Mehr und mehr verkam das Fest in den vergangenen Jahren zu einer Billig-Kommerz-Meile. Dagegen musste und muss etwas getan werden, denn so etwas ist kein Aushängeschild für den Bezirk.

Für 2014 wurde ein neuer Veranstalter gesucht. Aus der Ausschreibung ging ein junger Eventmanager mit seiner Firma hervor: Jüttner Entertainment. Er hat auch verstanden, worum es beim Köpenicker Sommer gehen sollte – um ein hochwertiges Kulturangebot und ein Fest für die ganze Familie. Schon die Planung zeigte, dass es ein anderer, ein neuer Köpenicker Sommer wird. Mit Mittelalterspektakel, Kunsthandwerk, Markt mit regionalen Produkten, Streichelzoo und Musik auf vier Bühnen in der Altstadt sowie auf der Schloßinsel wurden neue Wege beschritten. Nicht fehlen durfte selbstverständlich der historische Festumzug durch die Altstadt am Sonnabend, 14 Uhr, mit



der Verhaftung des Hauptmanns und am Ende des Tages ein Höhenfeuerwerk. Der neue Köpenicker Sommer war ein sehr gelungener Auftakt und ich freue mich auf die kommenden Jahre.

### +++ Scientology steht nicht still +++

Aus einer Kleinen Anfrage von mir zu den Aktivitäten von Scientology in Berlin geht hervor, dass auch in diesem und im letzten Jahr mehrere Standorte für Infostände von der Sekte angemeldet worden sind. Wichtig ist, dass die zuständigen Ordnungsämter weiter genau kontrollieren, ob sich an alle Vorgaben gehalten wird und vor allem die Scientology als Träger der Infostände klar erkennbar ist.

Die Maßnahmen zur Präventionsarbeit, welche ich sehr unterstütze, und alle anderen Fakten können in der Antwort auf die Kleine Anfrage nachgelesen werden: <http://bit.ly/1rKJnFJ>

### +++ Regenbogenflagge an allen öffentlichen Gebäuden +++

Die große Pride-Week war auch dieses Jahr ein großer Erfolg für Berlin und alle, die daran teilgenommen haben – trotz aller Schwierigkeiten. Die Veranstaltungen sind aber nicht nur dazu da, für eine große Party zu sorgen; sie sollen aufmerksam machen auf den Kampf vieler Menschen aufgrund ihrer Sexualität. Ich finde ein besonderes Zeichen ist die Solidarität der Stadt, die im äußeren Erscheinungsbild der öffentlichen Verwaltung deutlich wird. Mir war aufgefallen, dass sich zum Beispiel nicht alle Senatsverwaltungen die Regenbogenflagge vor ihren Gebäuden hissten. Den Gründen bin ich mit einer Kleinen Anfrage auf die Spur gegangen (Drs. 17/14110). Die Antwort des Senats ist auf queerpriide zusammengefasst (→ <http://bit.ly/UsSwGH>). Ich würde mich freuen, wenn sich im nächsten Jahr alle öffentlichen Stellen beteiligen und ein gemeinschaftliches Zeichen für Toleranz und Akzeptanz setzen.

### +++ Was bewirken Rocker-Club-Verbote? +++

Im Mai 2012 wurde der Hells Angels Motorcycle Club Berlin City offiziell verboten. Durch eine Kleine Anfrage von mir (→ <http://bit.ly/1qCmtU1>) wurde deutlich, dass sich mehrere Mitglieder des Clubs zwischenzeitlich in neuen Vereinen zusammengefunden hatten und mindestens sieben an einem Tötungsfall im Januar dieses Jahres beteiligt gewesen waren. Über die finanzielle Ausstattung der Verwaltung weiß das Land Berlin zu gut wie nichts. Zwar verdeutlicht der Senat in der Antwort auf die Kleine Anfrage, dass durch ein Verbot „die Wirkung des Personenkreises mindestens zeitweise deutlich einschränkt, Strukturen gestört, die Nachwuchsgewinnung behindert und ggf. materielle Werte entziehen kann. Dabei kommt auch der Signalwirkung, dass der Rechtsstaat derartige Entwicklungen nicht duldet, herausragende Bedeutung zu.“

Die Ereignisse werfen für mich jedoch deutlich die Frage auf, was Rocker-Club-Verbote wirklich bringen und wie der Staat besser reagieren kann.

→ Näheres in einem Artikel der Welt vom 20.07.2014: <http://bit.ly/1lvCRxH>

### +++ Kontakt +++

Gerne kontaktieren Sie mich per E-Mail an  
per Telefon unter  
per Post an:

tom.schreiber@spd.parlament-berlin.de,  
030 / 232 522 96 oder 0177 / 711 36 24,  
Tom Schreiber, MdA  
Preußischer Landtag  
Niederkirchnerstraße 5  
10111 Berlin

Oder schauen Sie auf meiner Homepage vorbei, wo weitere Informationen zu finden sind:

<http://www.tom-schreiber.eu/>

Und auf facebook: „Tom Schreiber, MdA“